

WAZ v. 06.06.13

Ja zum Fracking mit strengen Regeln

Laut Forsa hält jeder zweite Deutsche die Gas-Fördermethode für eine Option

Von Ulf Meinke

Essen. Als Michael Vassiliadis kürzlich die Chancen für die Förderung von Erdgas in Deutschland durch die umstrittene Methode Fracking beschrieb, zeigte er sich frei von Illusionen. „Wir befinden uns im Wahlkampf, und die Vertreter der Regierungsfractionen räumen überraschend offen ein, dass sie das Thema deshalb am liebsten auf Eis legen würden“, sagte der Chef der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) dem Magazin „Cicero“. Vassiliadis hat dazu eine eindeutige Meinung: „Das geht nicht, weil es sich um eine wichtige energiepolitische Frage für unser Land handelt.“ Der Wert des Erdgases, das hierzulande durch Fracking zu fördern sei, erreiche immerhin eine Billion Euro. Durch eigenes Erdgas würde die Abhängigkeit Deutschlands von Russland und Norwegen sinken.

Beim Fracking – „to fracture“ heißt im Englischen „aufbrechen“ – wird kilometertief in die Erde gebohrt. In die Kanäle wird eine Flüssigkeit mit Chemikalien gepresst, die den Boden aufreißt. Winzige Steine in der Flüssigkeit sorgen dafür, dass sich die Risse im Boden nicht wieder schließen. So tritt das Erdgas aus, das dann gefördert wird. In den USA wird die Metho-

de im großen Stil eingesetzt und hat zu sinkenden Energiepreisen geführt. Die Umweltfolgen sind allerdings noch wenig erforscht.

In Deutschland ist Fracking bislang gesetzlich kaum geregelt. Der Versuch von Union und FDP, auf Bundesebene ein Gesetz zur Regelung der Schiefergasförderung auf den Weg zu bringen, ist vorerst fehlgeschlagen – auch angesichts des Widerstands aus der CDU in NRW.

„Das Gas ist auch noch in fünf oder zehn Jahren da.“

Karl-Josef Laumann, CDU-Fraktionschef im NRW-Landtag

„Wir lehnen die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten nach dem derzeitigen Stand der Technik ab, da dabei wassergefährdende Stoffe zum Einsatz kommen“, sagt Karl-Josef Laumann, der Fraktionschef der NRW-CDU. Es bestehe mit Blick auf eine gesetzliche Neuregelung keine Zeitnot. Die Gasvorkommen seien „auch noch in einem, in fünf oder in zehn Jahren vorhanden“.

Wie aus einer Forsa-Umfrage hervorgeht, ist

für viele Bundesbürger die Erdgas-Förderung durch Fracking durchaus eine Option, wenn strenge Regeln zum Schutz der Umwelt eingehalten werden. Demnach sagte fast jeder zweite der mehr als 1000 Befragten (48 Prozent), der zukünftige Energiebedarf in Deutschland sollte in den nächsten Jahren durch Fracking gesichert werden. Für den Import von Gas sprachen sich 60 Prozent aus, 54 Prozent waren für die Nutzung der heimischen Stein- und Braunkohle. Für den Import von Öl plädierten hingegen lediglich 44 Prozent der Befragten.

Hohe Umweltauflagen gefordert

Auftraggeber von Forsa war die Bonner Akademie für Forschung und Lehre praktischer Politik (BAPP) mit Bodo Hombach an der Spitze.

Das Institut forscht derzeit zur Frage der Akzeptanzkrise industrieller Großprojekte. Tatsächlich werden in der Forsa-Studie auch die Bedenken vieler Bürger deutlich. 78 Prozent der Befragten meinen, beim Fracking könnten giftige Flüssigkeiten in das Grundwasser gelangen. 90 Prozent sagten, Fracking sollte nur mit strengen Umweltauflagen gestattet werden. „Doch abgesehen von dieser ‚Umwelt-Hürde‘ wird die Energiegewinnung mit Hilfe von Fracking durchaus als eine erwägenswerte Möglichkeit der Deckung des Energiebedarfs in Deutschland gesehen“, heißt es in der Studie. Schließlich seien nur 19 Prozent aller Bürger davon überzeugt, dass der Energiebedarf in Deutschland allein durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann.

Beim Fracking wird kilometertief in die Erde gebohrt. Die Methode zur Gewinnung von Erdgas ist in Deutschland umstritten. FOTO: GETTY

